

Hauptausschuß
30. Sitzung

12.02.1987
hz-ma

Zu Punkt A 6 - F.D.P.-Antrag zur Privatisierung öffentlicher Leistungen Drucksache 10/1011 - schlägt der Vorsitzende vor, die mitberatenden Ausschüsse - Haushalts- und Finanzausschuß und Ausschuß für Kommunalpolitik - zu bitten, dem Hauptausschuß die Ergebnisse ihrer Beratung bis spätestens Ende April 1987 schriftlich zu übermitteln; das Thema könnte dann etwa in der Ausschußsitzung am 21. Mai 1987 beraten werden.

Die von Abg. Dr. Rohde (F.D.P.) aufgeworfene Frage, ob es Anregungen oder Empfehlungen der mitberatenden Ausschüsse gebe, zur Vorbereitung der Behandlung des F.D.P.-Antrags eine kleine Kommission o. ä. einzurichten, dürfte nach Meinung des Vorsitzenden von den Ausschüssen bei der Mitteilung ihrer Beratungsergebnisse mitbeantwortet werden. -

Der als Punkt A 7 aufgeführte CDU-Antrag Drucksache 10/1619 betr. "Das Land Nordrhein-Westfalen und die Europäische Gemeinschaft" werde erst in der kommenden Woche in erster Lesung beraten. Die Erörterung des Antrags im Hauptausschuß sei anschließend ins Auge zu fassen.

Abg. Dr. Pohl (CDU) vertritt die Ansicht, dieser Antrag seiner Fraktion sollte im Zusammenhang mit der Problematik des Büros des Landes NW bei der EG in Brüssel behandelt werden. Bei dieser Gelegenheit wäre zu erwägen, ob der Ausschuß nicht im Laufe des Jahres 1987 Brüssel besuchen sollte, um die Gesamtproblematik vor Ort zu diskutieren.

Die vom Vorsitzenden gegen das Vorhaben geäußerten Bedenken wegen schon geplanter anderer Reisen hält Abg. Dr. Pohl (CDU) für durchaus einsichtig. Andererseits sei eine Fahrt nach Brüssel kein aufwendiges Unternehmen; dafür würden nur knapp anderthalb Tage benötigt. In Betracht käme ein Termin zwischen Ostern und der Sommerpause.

StS Dr. Leister bittet zu berücksichtigen, daß das nordrhein-westfälische EG-Büro nicht vor Mai d. J. eigene Räume beziehen werde. Ein Besuch wäre erst nach dem Umzug sinnvoll.

Gegebenenfalls könnte eine Fahrt nach Brüssel Anfang Juni 1987 stattfinden, meint der Vorsitzende. Der Ausschußassistent werde zur nächsten Sitzung einen entsprechenden Terminvorschlag machen. Dabei sei zu berücksichtigen, daß ein Besuchstermin gewählt werde, an dem sich die Europaabgeordneten in der belgischen Hauptstadt aufhielten; es erscheine nämlich angezeigt, mit den aus Nordrhein-Westfalen kommenden Mitgliedern des EG-Parlaments bei der Gelegenheit zur Beratung anstehender Fragen zusammenzutreffen. - Zu gegebener Zeit wäre ein Antrag an den Landtagspräsidenten zu richten.